

Auszug aus dem Datenreport 2008

Kapitel 1 Bevölkerung

1 Bevölkerung

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung


Claire Grobecker
Elle Krack-Rohberg

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demografische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebens-

stellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt und hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demografischen Daten gehört die Bevölkerungsstatistik zu den traditions-

reichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück. 

1.1.1 Bevölkerungsstand

Ende 2006 lebten in Deutschland rund 82,3 Mill. Einwohner, davon waren 49 % Männer und 51 % Frauen. Gegenüber 2005 hat die Bevölkerung um 123 000 Einwohner bzw. um 0,1 % abgenommen. 65,7 Mill. (rund 80 %) lebten in den alten Bundesländern, 13,2 Mill. (rund 16 %) in den neuen Bundesländern und 3,4 Mill. (rund 4 %) in Berlin. Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (18 Mill.), Bayern (12,5 Mill.) und Baden-Württemberg (10,7 Mill.). In diesen drei Bundesländern lebt rund die Hälfte der Bevölkerung. Die Hälfte der Bundesländer hatten dagegen weniger als 3 Mill. Einwohner. → **Tab. 1**

Mit 82,3 Mill. hatte Deutschland Ende 2006 knapp 13 Mill. Einwohner mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51 Mill. auf 62,1 Mill., gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Mill. auf 17 Mill. zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 und 62 Mill. im Westen und zwischen 16 und 17 Mill. im Osten.

Datenquelle der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird mittels der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Auf den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aufbauend, führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch Bilanzierung der Ergebnisse der Statistiken über Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik durch. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter und Familienstand so wie über die deutsche bzw. nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

Die Angaben der Bevölkerungsfortschreibung werden ergänzt durch die Auswertungen des Ausländerzentralregisters. Das Ausländerzentralregister liefert jährlich statistische Ergebnisse über die ausländische Bevölkerung, untergliedert nach der Staatsangehörigkeit oder der Aufenthaltsdauer, die in der Bevölkerungsfortschreibung nicht enthalten sind. Der Mikrozensus, die Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis, die jährlich ein Prozent der Bevölkerung erfasst, liefert Angaben zum Migrationshintergrund von Zuwanderern.

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden grundsätzlich in der amtlichen Statistik nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen, so dass bei Bevölkerungsangaben für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder, soweit noch ein getrennter Nachweis erfolgt, Berlin nicht enthalten ist.

Tab. 1: Bevölkerung am 31. Dezember 2006

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1000		
Baden-Württemberg	10739	5274	5465
Bayern	12493	6119	6374
Berlin	3404	1666	1738
Brandenburg	2548	1262	1286
Bremen	664	322	342
Hamburg	1754	856	898
Hessen	6075	2973	3102
Mecklenburg-Vorpom.	1694	840	854
Niedersachsen	7983	3915	4068
Nordrhein-Westfalen	18029	8787	9241
Rheinland-Pfalz	4053	1988	2065
Saarland	1043	507	536
Sachsen	4250	2074	2176
Sachsen-Anhalt	2442	1193	1248
Schleswig-Holstein	2834	1387	1447
Thüringen	2311	1139	1172
Deutschland	82 315	40 301	42 014

Seit der deutschen Vereinigung nahm die Bevölkerung des vereinten Deutschlands zuerst von 79,8 Mill. Personen Ende 1990 auf 82,5 Mill. Ende 2002 (+2,8 Mill.) zu. Seit 2003 hat sich die Bevölkerungszahl stabilisiert oder ist leicht rückläufig. Die Entwicklung im Osten und Westen war allerdings auch nach der deutschen Vereinigung gegenläufig: Während die Bevölkerung in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 2006 um 4 Mill. anstieg, nahm sie

in den neuen Bundesländern um 1,5 Mill. ab. Berlin verzeichnete in diesem Zeitraum einen leichten Bevölkerungsrückgang von rund 30 000 Personen. → **Tab. 2**

Regionale Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1974 von 202 auf

249, ging danach bis 1985/86 auf 245 leicht zurück und stieg nach der Wende bis auf 270 im Jahr 2000. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 169 auf 148 und zwischen 1990 und 2000 weiter von 148 auf 140 Einwohner je Quadratkilometer.

Im Jahr 2006 lag für Deutschland insgesamt die Einwohnerdichte bei 231 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt waren die Stadtstaaten (Berlin: 3 820, Hamburg: 2 323, Bremen: 1 642). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (73), Brandenburg (86), Sachsen-Anhalt (119), Thüringen (143) und Niedersachsen (168) auf. → **Tab. 3**

Mit 357 000 Quadratkilometern lag Deutschland 2006 im europäischen Vergleich in der Flächenausdehnung an siebter Stelle und in Bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (477), Belgien (338) und dem Vereinigten Königreich (243) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Im Vergleich dazu sind Island mit durchschnittlich drei, die Russische Föderation mit acht, Finnland mit 17, und Norwegen mit 18 Einwohnern je Quadratkilometer sehr dünn besiedelt.

Ende 2006 gab es in Deutschland 12 311 politisch selbstständige Gemeinden, davon 8 498 im früheren Bundesgebiet und 3 813 in den neuen Bundesländern. Aus der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2006, dass 7 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, rund 35 % in Gemeinden mit 2 000 bis 20 000 Einwohnern und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 31 % der Bevölkerung. → **Tab. 4**

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ²	Berlin
	in 1000			
1950	69346	50958	18388	.
1960	73147	55958	17188	.
1970	78069	61001	17068	.
1980	78397	61658	16740	.
1990	79753	63726	16028	3434
1995	81817	66342	15476	3471
2000	82260	67140	15120	3382
2001	82440	65323	13729	3388
2002	82537	65527	13617	3392
2003	82532	65619	13524	3388
2004	82501	65680	13433	3388
2005	82438	65698	13345	3395
2006	82315	65667	13244	3404

Ergebnisse jeweils am 31. Dezember.

1 Seit 2001 ohne Berlin-West.

2 Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

Tab. 3: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. Dezember 2006

	Regierungs-sitz	Fläche	Einwohner	
		1 000 km ²	in 1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 739	300
Bayern	München	70,6	12 493	177
Berlin	Berlin	0,9	3 404	3 820
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 548	86
Bremen	Bremen	0,4	664	1 642
Hamburg	Hamburg	0,8	1 754	2 323
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 075	288
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 694	73
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 983	168
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	18 029	529
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,9	4 053	204
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 043	406
Sachsen	Dresden	18,4	4 250	231
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 442	119
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 834	179
Thüringen	Erfurt	16,2	2 311	143
Deutschland	Berlin	357,0	82 315	231

Tab. 4: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten in ausgewählten Großstädten am 31. Dezember 2006

Rangfolge	Stadt in 1 000	Einwohner	Stadt pro km ²	Einwohner
1	Berlin	3 404	München	4 171
2	Hamburg	1 754	Berlin	3 820
3	München	1 295	Herne	3 307
4	Köln	990	Stuttgart	2 864
5	Frankfurt a. M.	653	Oberhausen	2 832
6	Stuttgart	594	Essen	2 772
7	Dortmund	588	Nürnberg	2 687
8	Essen	584	Düsseldorf	2 661
9	Düsseldorf	578	Bochum	2 638
10	Bremen	548	Frankfurt a. M.	2 628
11	Hannover	516	Offenbach a. M.	2 618
12	Leipzig	507	Gelsenkirchen	2 544
13	Dresden	505	Eppelheim	2 533
14	Nürnberg	501	Hannover	2 529
15	Duisburg	499	Köln	2 443

1.1.2 Altersaufbau, Geburten und Sterbefälle

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten wirkt sich unmittelbar auf den Altersaufbau der Bevölkerung aus. Während die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen beeinflusst, wirken sich die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit wiederum auf die Stär-

ke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung: So der Gruppe der Kinder und Jugendlichen, derjenigen im erwerbstätigen Alter und jener im Rentenalter, die derzeit immer größer wird. Somit ändern sich auch die Quoten zwischen dem sich aktiv am Erwerbsleben beteiligten Teil der Bevölkerung und jenem Teil, der entsprechend dem Generationenvertrag von

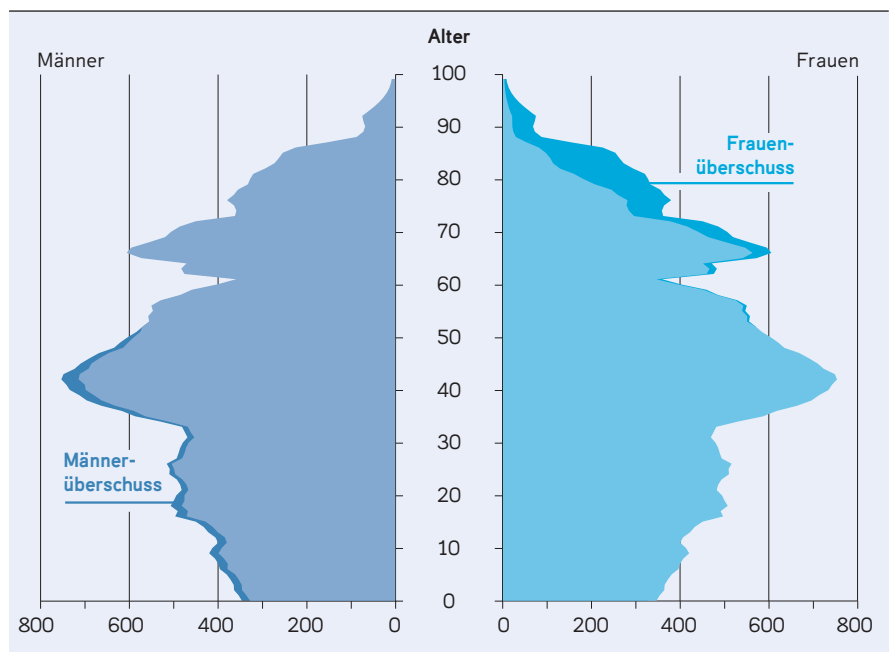
den Erwerbstätigen unterhalten werden muss.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper die Abbildung bildhaft beschrieb. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus deutlich zutage: Ende 2006 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) rund 20 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) entfielen 60 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 20 %. Rund 5 % der Bevölkerung waren hoch betagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen) und der Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen) war mit jeweils knapp 33 gleich hoch. Anfang 1955 lag der Jugendquotient bei 50 und der Altenquotient bei 18.

➔ Abb. 1, Tab. 5

In Deutschland wurden etwas mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2006 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 106 Jungen. Weil die Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie die Frauen, ändert sich dieses Verhältnis mit dem Lebensalter. Während also bis zum Alter unter 50 Jahren in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, sind in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen ungefähr so viele Männer wie Frauen. In den höheren Altersgruppen überwiegen die Frauen. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind fast 52 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen 58 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar fast

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. Dezember 2006 je Altersjahr, in 1000 je Altersjahr



Tab. 5: Entwicklung der Altersstruktur

Jahresende	Bevölkerung in 1000	Davon im Alter von ... bis unter... Jahren				Jugendquotient ¹	Altenquotient ²
		unter 20	20-65	65-80	80 u. mehr		
		in %					
1955	71 350	29,8	59,4	9,4	1,3	50,2	18,1
1965	76 336	29,2	58,2	10,8	1,8	50,1	21,7
1975	78 465	28,8	56,3	12,8	2,2	51,2	26,6
1985	77 661	23,6	61,8	11,4	3,3	38,2	23,7
1995	81 817	21,5	62,9	11,5	4,0	34,3	24,7
2000	82 260	21,1	62,2	12,9	3,8	34,0	26,8
2005	82 438	20,0	60,8	14,8	4,5	32,9	31,7
2006	82 315	19,7	60,5	15,2	4,6	32,5	32,7

¹ Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen.

² Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen.

72 %. Grund für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg.

Geburten, Sterbefälle

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik durch hohe Geburtenzahlen (so genannter Baby-Boom) geprägt. In dieser Zeit wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Diese Situation änderte sich En-

de der 1960er und Anfang der 1970er Jahre abrupt mit einem rapiden Rückgang der Geburten. Die Geburtenzahl ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Mill.) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Anschließend pendelte sie sich zwischen 750 000 und 910 000 ein. Seit 1998 ist ein weiterer Rückgang zu beobachten. 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder geboren.

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren

wurden als Menschen starben. Im Jahr 2006 lag die Zahl der Gestorbenen um 149 000 höher als die Zahl der lebend Geborenen. Diese Entwicklung betrifft vor allem die deutsche Bevölkerung. Die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung verzeichnet demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle. → Tab. 6

Außerhalb einer Ehe wurden in Deutschland in 2006 30 % der Kinder geboren. Dieser Anteil ist geringer als in der übrigen Europäischen Union. So wurden in Schweden und Frankreich über die Hälfte der Kinder von nicht verheirateten Müttern geboren, in Dänemark, Finnland und dem Vereinigten Königreich waren es etwa 40 %.

Mit der im Jahr 2006 in Deutschland rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl von 1,33 Kindern je Frau wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 76,6 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 82,1 Jahre. Gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er Jahre entspricht dies einer Zunahme bei den Jungen um etwa 5,1 Jahre und bei den Mädchen um vier Jahre. Für einen 60-jährigen Mann ergibt sich heute eine rechnerische Lebensdauer von durchschnittlich 20,6 Jahren und für eine gleichaltrige Frau von 24,5 Jahren. (siehe auch Abschnitt 1.1.5).

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird zwischen dem Wohn-



Wanderungsstatistik

In der Wanderungsstatistik werden die Zu- und Fortzüge erfasst, die von den Meldebehörden an die statistischen Ämter gemeldet werden. Der Wanderungssaldo wird als Differenz der Zu- und Fortzüge gebildet. Das Wandervolumen bezeichnet die Summe aus der Binnenwanderung zuzüglich der Zuzüge aus und der Fortzüge ins Ausland.

Die auf ein Jahr bezogene Wanderungsstatistik weist die jeweiligen Wanderungsfälle, nicht die wandernden Personen nach. Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik über die Grenzen des Bundesgebiets erfasst, ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um Binnenwanderungsfälle, die als Ost-West-Wanderung bezeichnet werden.

Durch die Binnenwanderung ändert sich die regionale Verteilung der Bevölkerung, aber im Gegensatz zur Außenwanderung nicht die Einwohnerzahl Deutschlands.

sitzwechseln von Personen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Außenwanderung und die Binnenwanderung bilden zusammen die Gesamtwanderung.

Gesamtwanderung

Die Gesamtwanderung kann für Deutschland, für die Bundesländer, für die Landkreise und für die Gemeinden ermittelt werden. Im früheren Bundesgebiet stieg das Wandervolumen von 1960 bis 1971 von 4,1 Mill. bis auf 5,25 Mill. Maßgebend für diese Veränderung war vor allem die Entwicklung der Außenwanderung. Zwar war die Binnenwanderung auch in den 1960er Jahren angestiegen, aber nicht im gleichen Umfang wie die Außenwanderung. Ab 1971 ging die Gesamtwanderung wieder zurück. Die Wende löste erneut eine Wanderungswelle

Tab. 6: Lebend Geborene und Gestorbene in Deutschland

	Lebend Geborene		Gestorbene		Überschuss der der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl in 1 000	je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner
Deutschland						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
2000	767	9,3	839	10,2	- 72	- 0,9
2002	719	8,7	842	10,2	- 122	- 1,5
2004	706	8,5	818	9,9	- 113	- 1,4
2006	673	8,2	822	10,0	-149	- 1,8
Früheres Bundesgebiet¹						
1950	813	16,3	529	10,6	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
2000	656	9,8	679	10,1	- 23	- 0,3
2002	594	9,1	658	10,1	- 64	- 1,0
2004	577	8,8	641	9,7	- 64	- 1,0
2006	547	8,3	643	9,8	- 97	- 1,5
Neue Länder²						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
2000	111	7,3	160	10,5	- 49	- 3,2
2002	96	7,0	150	11,0	- 54	- 3,9
2004	99	7,3	146	10,8	- 47	- 3,5
2006	96	7,3	147	11,0	- 50	- 3,8

1 Seit 2001 ohne Berlin-West.

2 Bis 2000 einschl. Berlin-Ost.

aus. Mit rund 5,7 Mill. Wanderungsfällen jährlich blieb die Gesamtwanderung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er Jahre auf hohem Niveau. Seit 1995 fällt die Gesamtwanderung. 2006 lag das Wandervolumen insgesamt bei 4,9 Mill.

Binnenwanderung

Im Jahr 2006 wechselten 3,6 Mill. Personen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Bezieht man diese Zahl auf 1000 Einwohner, erhält man die so genannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häu-

figkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 2006 betrug die Mobilitätsziffer rund 43, das heißt fast jeder zwanzigste Einwohner zog im Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere um.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung in Deutschland entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. Im Zeitraum 1970/80 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,6 Mill. auf 3,0 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang

Tab. 7: Wanderungen innerhalb Deutschlands über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen

	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner ¹
Früheres Bundesgebiet						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
Deutschland						
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1993	3 629	44,8	2 540	31,4	1 000	12,4
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
1997	4 015	49,0	2 730	33,3	1 063	13,0
1998	4 001	48,8	2 727	33,2	1 081	13,2
1999	3 968	48,4	2 722	33,1	1 104	13,5
2000	3 892	47,4	2 700	32,8	1 137	13,8
2001	3 875	47,1	2 712	33,0	1 181	14,4
2002	3 843	46,6	2 677	32,5	1 154	14,0
2003	3 806	46,1	2 646	32,1	1 115	13,5
2004	3 373	45,3	2 595	31,5	1 095	13,3
2005	3 655	44,3	2 548	30,9	1 071	13,0
2006	3 562	43,3	2 504	30,4	1 053	12,8

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Tab. 8: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern

	Zuzüge aus den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) ins frühere Bundesgebiet	Zuzüge in die neuen Länder (einschl. Berlin-Ost) aus dem früheren Bundesgebiet	Wanderungssaldo des früheren Bundesgebietes gegenüber den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 267	+ 169 476
1992	199 170	111 345	+ 87 825
1994	163 034	135 774	+ 27 260
1996	166 007	151 973	+ 14 034
1998	182 478	151 750	+ 30 728
1999	195 530	151 943	+ 43 587
2000	214 456	153 179	+ 61 277
2001 ¹	230 227	138 615	+ 91 612
2002 ¹	216 165	139 412	+ 76 753
2003 ¹	195 216	137 517	+ 57 699
2004 ¹	185 878	133 349	+ 52 529
2005 ¹	175 088	127 996	+ 47 092
2006 ¹	173 602	122 918	+ 50 684

¹ Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein: Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 1980er Jahre verhielt sich die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. Nach der deutschen Vereinigung stieg die Binnenwanderung bis Ende der 1990er Jahre an, die Tendenz ist seitdem rückläufig. In 2006 fanden ca. 30 % (1,1 Mill.) der Umzüge zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises, rund 40 % (1,5 Mill.) zwischen Kreisen eines Bundeslandes und rund 30 % (1,1 Mill.) zwischen Bundesländern statt.

Bei der Binnenwanderung haben die Wanderungsströme zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern eine besondere Bedeutung. Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost war nach der hohen Abwanderung von Ost nach West in 1989 und 1990 in den 1990er Jahren gegenläufig, das heißt sie war durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung gekennzeichnet, so dass der Wanderungssaldo nahezu ausgeglichen war. Nach 1998 kehrte sich dieser Trend um: 2006 verlegten 173 600 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen Ländern einschließlich Berlin in eines der alten Bundesländer und rund 123 000 wählten den umgekehrten Weg. Daraus ergab sich für die neuen Länder einschließlich Berlin ein Abwanderungsverlust von rund 51 000 Personen. → Tab. 7, 8

Außenwanderung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Außenwanderung vor allem durch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland geprägt. Zwischen 1950 und 1961 folgte eine Zuwanderung aus der

Tab. 9: Zuzüge von Aussiedler/-innen

	Aussiedler/-innen			
	Insgesamt	darunter aus der Sowjetunion ¹	darunter aus Polen	darunter aus Rumänien
1950-59	438 222	13 580	292 183	3 454
1960-69	221 516	8 571	110 618	16 294
1970-79	355 866	56 585	202 712	71 417
1980-89	984 087	176 565	632 803	151 161
1990-94	1 291 112	911 407	199 614	171 900
1995	217 898	209 409	1 677	6 519
1996	177 751	172 181	1 175	4 284
1997	134 419	131 895	687	1 777
1998	103 080	101 550	488	1 005
1999	104 916	103 599	428	855
2000	95 615	94 558	484	547
2001	98 484	97 434	623	380
2002	91 416	90 587	553	256
2003	72 885	72 289	444	137
2004	59 093	58 728	278	76
2005	35 522	35 396	80	39
2006	7 747	7 626	80	40

Einschl. nichtdeutscher Angehöriger von Aussiedlern (ab 1993).

¹ Bzw. Nachfolgestaaten.

Quelle: Bundesverwaltungsamt Köln.

ehemaligen DDR: So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Ferner fanden zwischen 1950 und 2006 rund 4,5 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. ab 1990 in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aufnahme von Aussiedlerinnen und Aussiedlern registriert. In den folgenden Jahren bis 1995 kamen jährlich 220 000 bis 230 000 Personen nach Deutschland. Danach verringerten sich die Aufnahmen stetig. 2006 waren es nur noch rund 8 000 Personen. Von den rund 4,5 Mill. Aussiedlern, die im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen wurden, kamen rund 2,3 Mill. aus der ehemaligen Sowjetunion, 1,4 Mill. aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien. → **Tab. 9**

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der DDR sowie durch Aussiedler/-innen) gab es für die Bundesrepublik bis Anfang des neuen Jahrtausends einen Zu-

wanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet; es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland zuziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass in den letzten Jahren immer weniger Spätaussiedler-

innen und Spätaussiedler nach Deutschland kamen. Zeitgleich stiegen die Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. Während die Fortzüge bei den Deutschen in den 1990er Jahren sich um die 110 000 Fälle pro Jahr bewegten, lagen sie zum Beispiel 2006 bei 155 000. Aus den Abwanderungszahlen lassen sich aber keine Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge ableiten, da die Gründe für die Fortzüge bei den Meldeämtern nicht erfasst werden. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist, zum Beispiel im Rahmen einer Tätigkeit für ein deutsches Unternehmen im Ausland. Es kann auch nicht unterschieden werden, ob es sich bei den Abwandernden um Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt. Die Hauptzielländer von Deutschen in 2006 waren wie in den Vorjahren die Schweiz, die USA und Österreich. → **Tab. 10**

Seit Anfang der 1960er Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen zuerst durch die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wande-

Tab. 10: Wanderung zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
1950-53	374 177	.	.	462 279	.	.
1954-59	1 038 759	477 414	561 345	955 190	638 657	316 533
1960-69	6 257 185	724 624	5 532 561	4 239 458	789 119	3 450 339
1970-79	7 002 667	783 306	6 219 361	5 439 852	543 843	4 896 009
1980-90	7 401 367	1 743 637	5 657 730	5 260 310	744 722	4 515 588
1991-95	6 157 185	1 460 428	4 696 757	3 597 562	577 691	3 019 871
1996	959 691	251 737	707 954	677 494	118 430	559 064
1997	840 633	225 335	615 298	746 969	109 903	637 066
1998	802 456	196 956	605 500	755 358	116 403	638 955
1999	874 023	200 150	673 873	672 048	116 410	555 638
2000	841 158	191 909	649 249	674 038	111 244	562 794
2001	879 217	193 958	685 259	606 494	109 507	496 987
2002	842 543	184 202	658 341	623 255	117 683	505 572
2003	768 975	167 216	601 759	626 330	127 267	499 063
2004	780 175	177 993	602 182	697 632	150 667	546 965
2005	707 352	128 051	579 301	628 399	144 815	483 584
2006	661 855	103 388	558 467	639 064	155 290	483 774

Bis einschl. 1990 Angaben für das frühere Bundesgebiet.

rungsströme ausländischer Staatsangehöriger zwischen dem früheren Bundesgebiet bzw. ab 1991 Deutschland und dem Ausland verzeichneten ein relativ hohes Wanderungsvolumen mit jährlich hohen Zu- und Fortzugszahlen. Dabei hat der Saldo mehrfach phasenweise das Vorzeichen gewechselt. Anders als noch in den 1960er Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr den Konjunkturverlauf in Deutschland wider. Vielmehr wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer seit Mitte der 1970er Jahre von konjunkturunabhängigen Faktoren beeinflusst, wie dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Ein augenfälliges Beispiel hierfür ist die Einreise zum Zweck der Asylsuche, die auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 ein wichtiges Motiv war.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich ebenfalls die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,2 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Ein Grund hierfür lag darin, dass aufgrund des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien viele Menschen Zuflucht in Deutschland gesucht haben. Danach war die Tendenz mit einigen Schwankungen eher rückläufig. 2006 kamen rund 560 000 Menschen nach Deutschland. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Personen ihren höchsten Stand. Danach war die Tendenz bis 2003 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997 und 1998. Ursache dafür war die Rückkehr


von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Die Hauptherkunftsländer waren 2006 mit Abstand Polen (152 000 Zuzüge), gefolgt von der Türkei (30 000) und Rumänien (23 000). Über die Hälfte der Personen (52 % bzw. 292 000) kam aus der EU, rund ein Viertel aus dem außereuropäischen Ausland (24 % bzw. 132 000) und 22 % aus dem sonstigen Europa (125 000 Zuzüge).

1.1.4 Ausländische Bevölkerung und Migration

Ende 2007 gab es in Deutschland knapp 7,3 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Dies ist jedoch nur ein Teil der in Deutschland lebenden Menschen mit fremden Wurzeln. Die amtliche Statistik versucht, seit 2005 einen systematischen Überblick über die Bedeutung der Migration in Deutschland zu geben und verwendet hierzu das Konzept der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich von der ohne Migrationshintergrund. Aber auch, innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bestehen Unterschiede zwischen dem deutschen und dem ausländischen Teil. → **Tab. 11**

Zu den Deutschen mit Migrationshintergrund gehören damit neben Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedlern auch deren

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 

Zu dieser Bevölkerungsgruppe zählen neben allen nach Deutschland Zugewanderten und allen im Inland mit fremder Staatsangehörigkeit Geborenen auch die hier geborenen Deutschen mit zumindest einem Elternteil, der zugewandert ist oder als Ausländer in Deutschland geboren wurde. Vertriebene und ihre Nachkommen zählen nicht dazu.

Kinder sowie die nach dem so genannten »Optionsmodell« geborenen Kinder ausländischer Eltern. Ihre Zahl wurde und wird weiter von folgenden Entwicklungen beeinflusst:

- ▶ *die Zuwanderung von Spätaussiedlern vor allem in den 1980er und 1990er Jahren:* Seit 1950 hat Deutschland insgesamt knapp 4,5 Mill. Aussiedler und Spätaussiedler aufgenommen, von 1988 bis 1999 allein mehr als 2,6 Mill. 2007 lag die Zahl der Zuzüge nur noch bei knapp 5 800,
- ▶ *die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern vor allem seit 1990:* Seit 1950 wurden in Deutschland knapp 4,4 Mill. Menschen eingebürgert, von 1990 bis 2006 gut 3,3 Mill. In den letzten drei Jahren schwankte die Zahl zwischen 110 000 bis 130 000 jährlich.
- ▶ *Die Geburt von Deutschen mit Migrationshintergrund:* Nach Schätzungen wurden 2006 knapp 220 000 Deutsche mit Migrationshintergrund geboren, das ist fast ein Drittel aller Geburten. Davon entfallen etwa 40 000 auf das Optionsmodell.

Insgesamt hat sich die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund von 2005 auf 2006 deutlich anders entwickelt als die der ausländischen Bevölkerung. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stieg. Hauptgrund waren die im Inland geborenen Deutschen mit Migrationshintergrund. Da kaum mehr Zuwanderungen erfolgen, ist die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland seit 2000 annähernd gleich geblieben.

Diese Beobachtungen könnten den Schluss nahe legen, dass Statistiken zur ausländischen Bevölkerung zugunsten von Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgegeben werden sollten. Allerdings zeigen Analysen, dass die ausländische Bevölkerung innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgrund von besonderen sozioökonomischen Merkmalen auch weiterhin eine Sonderstellung einnimmt, die einen be-

Tab. 11: Charakteristika der Bevölkerung nach Migrationsstatus

Migrationsstatus	2005			2006			Veränderung der Anzahl 2006 gegenüber 2005 in %
	Anzahl in 1000	durchschnittl. Alter	durchschnittl. Aufenthaltsdauer in Jahren	Anzahl in 1000	durchschnittl. Alter	durchschnittl. Aufenthaltsdauer in Jahren	
Bevölkerung insgesamt	82 465	42,3	x	82 369	42,6	x	-0,12
ohne Migrationshintergrund	67 452	44,3	x	67 225	44,6	x	-0,34
mit Migrationshintergrund	15 013	33,5	x	15 143	33,8	x	0,86
mit eigener Migrations- erfahrung (zugewandert)	10 399	41,8	18,5	10 431	42,3	18,8	0,30
Ausländer/-innen	5 571	40,6	17,3	5 584	41,2	17,6	0,23
Deutsche	4 828	43,2	19,9	4 847	43,7	20,1	0,39
ohne eigene Migrations- erfahrung (hier geboren)	4 614	16,3	x	4 713	14,7	x	2,13
Ausländer/-innen	1 749	19,3	x	1 716	19,7	x	-1,93
Deutsche	2 865	12,9	x	2 997	11,9	x	4,61

sonderen integrationspolitischen Bedarf begründen könnten. So haben Ende 2006 zwar gut 4,7 Mill. der in Deutschland lebenden Ausländer die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt, es haben sich aber in Laufe des Jahres 2006 nur knapp 125 000 Ausländer/-innen einbürgern lassen. Ein Großteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland entscheidet sich also seit Jahren bewusst gegen eine Einbürgerung.

Der ausländische Bevölkerungsteil unterscheidet sich aber auch in einer Vielzahl von sozioökonomischen Merkmalen von der deutschen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. So kommen soziale Risiken wie fehlende schulische und berufliche Qualifikation und Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit in prestigearmen Berufen und Tätigkeiten sowie niedriges Einkommen und ein erhöhtes Armutsrisiko bei ihnen deutlich häufiger vor als in der sonstigen Bevölkerung. In der Regel sind Deutsche mit Migrationshintergrund von all diesen Risiken etwa doppelt so häufig betroffen als Deutsche ohne Migrationshintergrund, die ausländische Bevölkerung aber viermal so oft. Damit unterscheidet sich die ausländische Bevölkerung hinsichtlich dieser Merkmale von der deutschen Bevölkerung mit Migra-

tionshintergrund deutlicher als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund von der ohne Migrationshintergrund.

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Von 1991 bis 2006 stieg in Deutschland die Zahl der Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit um etwa 1,2 Mill. auf 7,3 Mill. Ihr Anteil an der Bevölkerung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 7,6 % auf 8,8 %. Gut drei Viertel der ausländischen Bevölkerung sind nach Deutschland zugewandert, knapp ein Viertel wurde hier geboren. → Tab. 12

Die Entwicklung vollzog sich hauptsächlich im früheren Bundesgebiet. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevöl-

kerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Bürgerinnen und Bürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill. 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder. Ende 1999 betrug sie – auch bedingt durch die bis Mitte 1993 hohen Zahlen von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,3 Mill. bzw. 8,9 % der Bevölkerung. Im Zeitraum von 1970 bis 1999 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,2 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der

Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf rund 47 % im Jahr 2000 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls.

Auch in den neuen Ländern leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet oder Berlin vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht

Tab. 12: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
Früheres Bundesgebiet¹		
1961	686,2	1,2
1970	2 600,6	4,3
1987	4 286,5	7,0
1989	5 007,2	8,0
Deutschland²		
1990	5 582,4	7,0
1991	6 066,7	7,6
1995	7 342,8	9,0
1999	7 336,1	8,9
2000	7 267,6	8,8
2005	7 289,1	8,8
2006	7 286,3	8,8

¹ Unterschiedliche Stichtage.

² Stichtag 31. Dezember.

gegeben. Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 144 000. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge beziehungsweise der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Von 1992 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern (ohne Berlin) – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht an, danach blieb sie unverän-

dert. Ende 2006 macht die ausländische Bevölkerung mit etwa 320 000 Personen 1,9 % der dortigen Bevölkerung aus.

Aufenthaltsdauer

Von allen Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 2007 im Ausländerzentralregister geführt wurden – und die zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländer umfassen – sind rund 36 % weniger als zehn Jahre, 29 % seit zehn bis 20 Jahren und 35 % seit 20 Jahren oder länger hier ansässig. Für 2007 ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von rund 17,7 Jahren, 1992 lag sie noch bei genau 12 Jahren. Die Ausländerinnen und Ausländer, die im Jahr 2007 fortgezogen sind, hatten sich dagegen im Schnitt nur 8,7 Jahre hier aufgehalten. Dies deutet darauf hin, dass die ausländische Bevölkerung aus zwei Teilgruppen besteht: der eine (kleinere) Teil hält sich nur vorübergehend in Deutschland auf und kehrt nach Abschluss von Ausbildung oder Erwerbstätigkeit zurück, der andere (größere) Teil bleibt dauerhaft.

Geburtenentwicklung

1999 wurden in Deutschland noch rund 95 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren. Seit dem am Jahresanfang 2000 in Kraft getretenen neuen Staatsangehörigkeitsrecht wurden es deutlich weniger, in 2006 zuletzt noch knapp 29 000. Weitere 39 000 Kinder ausländischer Eltern wurden 2006 nach dem Optionsmodell mit doppelter Staatsangehörigkeit geboren.

In den alten Ländern wurde 1974 mit rund 108 000 die bisher höchste Geburtenzahl ausländischer Kinder registriert. Bis Mitte der 1980er Jahre hatte sich diese Zahl halbiert, danach war sie wieder angestiegen. Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung selbst, ein zweiter Grund lag in Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht. So war die ausländische Bevölkerung in der Mitte der 1970er und der 1980er Jahre zeit-

weise zurückgegangen. Außerdem hatten bis 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 ist dies der Fall, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Seit 2000 erhalten darüber hinaus in Deutschland geborene Kinder auch dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält.

Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Die regionale Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland zeigt, dass Ende 2006 die Stadtstaaten Hamburg (14,1 %) und Berlin (13,8 %) die höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufwiesen. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (11,9 %), Hessen (11,3 %) und Nordrhein-Westfalen (10,6 %) am höchsten und in Sachsen-Anhalt (1,9 %) und Thüringen (2,0 %) am niedrigsten.

Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen 1988 und 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000. Danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg danach aber wieder. Mit rund 438 000 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992 ihren bisher höchsten Stand. Durch die jeweils Mitte 1993 erfolgte Änderung von Arti-

Tab. 13: Asylsuchende und Asylberechtigte

	Asylsuchende	Asylberechtigte	Anerkennungsquote ²
1975	9627	2928	22,2
1980	107818	12783	12,0
1985	73832	11224	29,2
1990	193063	6518	4,4
1992	438191	9189	4,3
1995 ²	127937	18100	9,0
2000	78564	3128	3,0
2005	28914	411	0,9
2006	21029	251	0,8
2007	19164	304	1,1

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

1 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

2 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur noch Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

kel 16 und Einführung von Artikel 16a des Grundgesetzes sowie die hiervon ausgehenden asylverfahrensrechtlichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf knapp 323 000. Dieser Rückgang setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Im Jahr 2007 wurden nur noch rund 19 000 Asylanträge gestellt.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterlag im Zeitablauf zwar immer wieder Schwankungen. Von 1985 bis 1993 sank er von 29 % auf rund 3 %, stieg bis 1995 auf 9 % an, sank bis 2000 auf 3 %. Seit 2005 bewegt sich die Anerkennungsquote um ein Prozent; im Jahr 2006 lag sie mit 0,8 % auf dem bislang niedrigsten Niveau. → Tab. 13

1.1.5 Demografischer Wandel

In den letzten Jahrzehnten war die demografische Lage Deutschlands durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau, sinkende Geburtenzahlen, eine steigende Lebenserwartung und zeitweise hohe Zuwanderung aus dem Ausland, die sich jedoch in den letzten Jahren abgeschwächt hat, geprägt.

Die Geburtenhäufigkeit ist seit über 30 Jahren durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau gekennzeichnet.

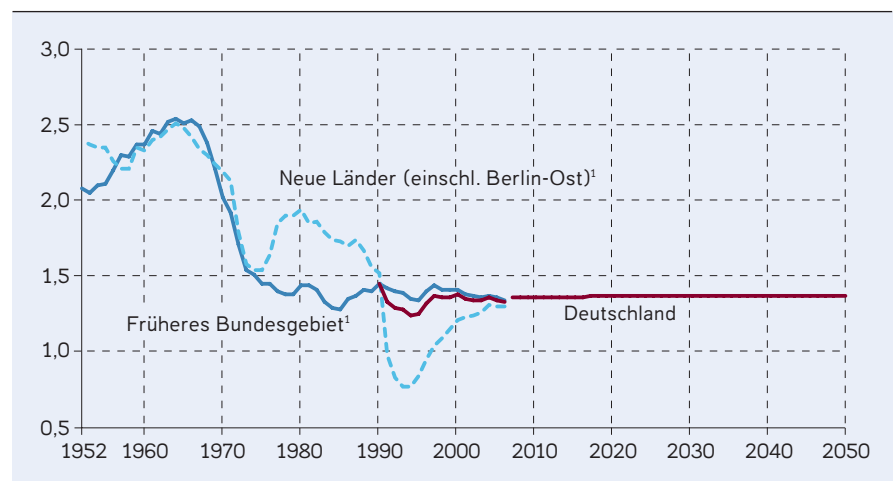
Die durchschnittliche Zahl der Kinder gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die aktuellen Geburtenverhältnisse für diesen gesamten Zeitraum gelten würden. In den alten Bundesländern betrug die durchschnittliche Kinderzahl seit Ende der 1970er Jahre rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau, zuvor hatte sie deutlich höher gelegen.

In der ehemaligen DDR war es in den 1970er Jahren ebenfalls zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl gekommen, dem aber bald ein

Anstieg folgte, bis Ende der 1980er Jahre die Kinderzahl wieder abnahm. Anfang der 1990er Jahre kam es im Zuge der Wende und der deutschen Vereinigung zu einem vorübergehenden Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern. Inzwischen liegt die durchschnittliche Kinderzahl im Osten Deutschlands nur noch geringfügig unter der im Westen.

→ Abb. 2

Die Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/1881 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,4 Jahre. Aber schon Zehnjährige hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 (Jungen) bzw. 48,2 Jahren (Mädchen). Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung – nach der Sterbetafel 2004/2006 – für Jungen 76,6 bzw. 82,1 Jahre für Mädchen. Innerhalb von 130 Jahren hat sich die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen in Deutschland mehr als verdoppelt. Aber auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung deutlich angestiegen, verstärkt

Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffer bis 2050, Kinder je Frau

Geburtenziffer = Durchschnittliche hypothetische Zahl der lebend geborenen Kinder je Frau.

Ab 2007 Annahmen einer annähernden Konstanz aus der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.


1 Seit 2000 ohne Berlin.

Tab. 14: Durchschnittliche Lebenserwartung 1871/1881 und 2004/2006

Alter in Jahren	Jungen		Mädchen	
	1871/1881	2004/2006	1871/1881	2004/2006
	in Jahren			
0	35,6	76,6	38,4	82,1
1	46,5	76,0	48,1	81,4
5	49,4	72,0	51,0	77,4
10	46,5	67,1	48,2	72,5
20	38,4	57,2	40,2	62,6
30	31,4	47,6	33,1	52,7
40	24,5	38,0	26,3	42,9
50	18,0	28,9	19,3	33,5
60	12,1	20,6	12,7	24,5
70	7,3	13,2	7,6	16,0
80	4,1	7,5	4,2	8,9
90	2,3	3,8	2,4	4,1

1871/1881: Deutsches Reich.
2004/2006: Deutschland.

in den letzten Jahrzehnten. 60-jährige Männer haben heute im Durchschnitt noch weitere 20,6 Jahre, gleichaltrige Frauen 24,5 Jahre zu erwarten. Das sind etwa 8,5 Jahre mehr bei den Männern und fast 12 Jahre mehr bei den Frauen als 1871/81 und etwa fünf Jahre mehr als 1970/72. → **Tab. 14**

In den kommenden Jahrzehnten werden der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung kennzeichnend für den demografischen Wandel sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausberechnungen darstellen. 

Im Folgenden werden Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand von zwei Varianten zur »mittleren« Bevölkerung dargestellt. Diese ergeben sich bei annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit von etwa 1,4 Kindern je Frau, einer Zunahme der Lebenserwartung gegenüber dem aktuellen Stand um etwa sechs bzw. sieben Jahre für neugeborene Mädchen bzw. Jungen und über 4,5 Jahre für 60-Jährige sowie den beiden Wanderungsannahmen von jährlich 100 000 bzw. 200 000 mehr Zu- als Fortzügen. Diese beiden Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich

die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Die beiden Varianten werden als Unter- und Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung bezeichnet.

Aus der Vorausberechnung ergibt sich für die nächsten Jahrzehnte folgendes Bild: Die Bevölkerungszahl nimmt ab, die Anzahl der älteren Menschen wächst über lange Zeit, die der jüngeren geht zurück und damit verschieben sich die Verhältnisse zwischen den Altersgruppen erheblich. Zu diesem Bevölkerungsrückgang kommt es, weil – wie schon seit mehr als 30 Jahren – voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten stets mehr Menschen sterben werden, als Kinder zur Welt kommen. Die angenommenen Zuwanderungen aus dem Ausland reichen nicht aus, um den Sterbefallüberschuss auszugleichen. In dieser Lage befindet sich Deutschland bereits seit 2003, da die Nettozuwanderung der letzten Jahre relativ niedrig war. Künftig wird sich das Geburtendefizit noch erheblich vergrößern. Zurzeit beträgt es etwa 150 000. Im Jahr 2020 wird es über 300 000 ausmachen und 2050 etwa 600 000 erreichen. Dabei nimmt die Zahl der Geburten von heute etwa 670 000 auf etwa 500 000 ab, während die Zahl der Sterbefälle von 820 000 auf rund 1,1 Mill. im Jahr 2050 ansteigen wird.

Die auch zukünftig sinkenden Geburtenzahlen folgen auch aus der von Generation zu Generation sinkenden Anzahl junger Frauen: Bei einer Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau bringen die Frauen weit weniger Kinder zur Welt, als es für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Die jetzt geborenen Mädchenjahrgänge sind also zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Sind diese Mädchen einmal erwachsen, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben. Die Zahl der Frauen im geburtenfähigen Alter (von 15 bis 49 Jahren) nimmt von

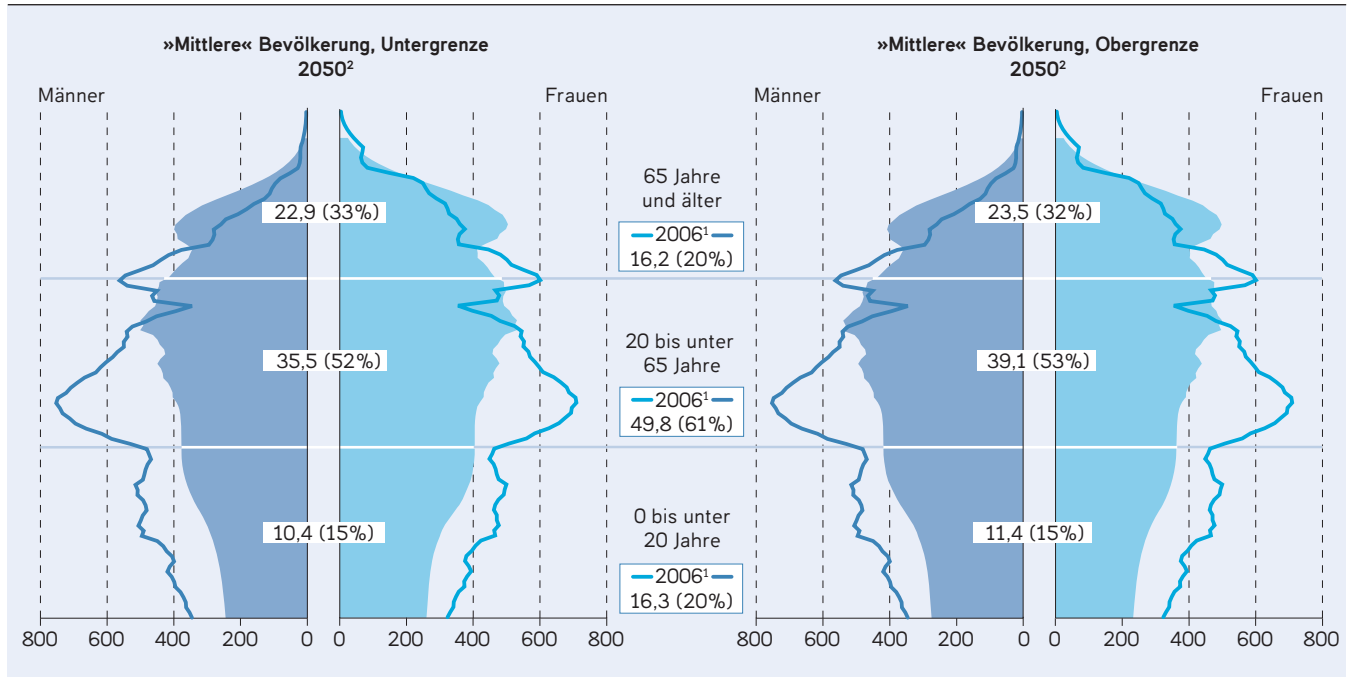
Bevölkerungsvorausberechnung

Das Ziel von Bevölkerungsvorausberechnungen ist es, mit Fortschreibungsverfahren aufzuzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln werden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland basiert auf dem Stand zum Jahresende 2005 und zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050. Die Vorausberechnung beruht dabei auf Annahmen zur zukünftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland (Nettozuwanderung). Insgesamt ergeben sich aus drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und jeweils zwei Annahmen zur Lebenserwartung und der Nettozuwanderung zwölf Varianten der zukünftigen Entwicklung.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist kostenlos unter www.destatis.de abrufbar.

Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2006 und 2050, in 1 000 (in %)



1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2006.

2 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (»mittlere« Bevölkerung Unter- und Obergrenze); animierte Variante unter www.destatis.de.

19,3 Mill. Ende 2006 auf 12,1 Mill. nach der Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung und 13,4 Mill. nach der Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung im Jahr 2050 ab.

Die Zahl der Sterbefälle hängt einerseits von der Lebenserwartung und andererseits vom Altersaufbau der Bevölkerung ab. Die zukünftige Zunahme der Sterbefälle ergibt sich aus der Tatsache, dass relativ stark besetzte Jahrgänge während der Vorausrechnungsperiode in hohe Altersgruppen wechseln, dort schwächere Jahrgänge ersetzen und schließlich sterben. Diesem Effekt der aktuellen Altersstruktur steht die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung gegenüber. Sie schwächt den Anstieg der Sterbefälle ab.

Der Bevölkerungsrückgang wird zunächst moderat ausfallen. 2020 werden etwa 3 % (Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung) bzw. 1 % (Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung) weniger Menschen als 2005 in Deutschland leben, 2030 etwa 6 % bzw. 3 % weniger und 2050

schließlich rund 17 % bzw. 10 % weniger. Absolut wird sich die Einwohnerzahl von derzeit 82,3 Mill. auf 68,7 bzw. 74,0 Mill. im Jahr 2050 vermindern.

Die Relationen zwischen Alt und Jung werden sich stark verändern. Ende 2006 waren etwa 20 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen ebenfalls etwa 20 %. Die übrigen 60 % stellten Personen im sogenannten Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Im Jahr 2050 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter, über 30 % 65 Jahre oder älter und circa 15 % unter 20 Jahren alt sein.

➔ **Abb. 3**

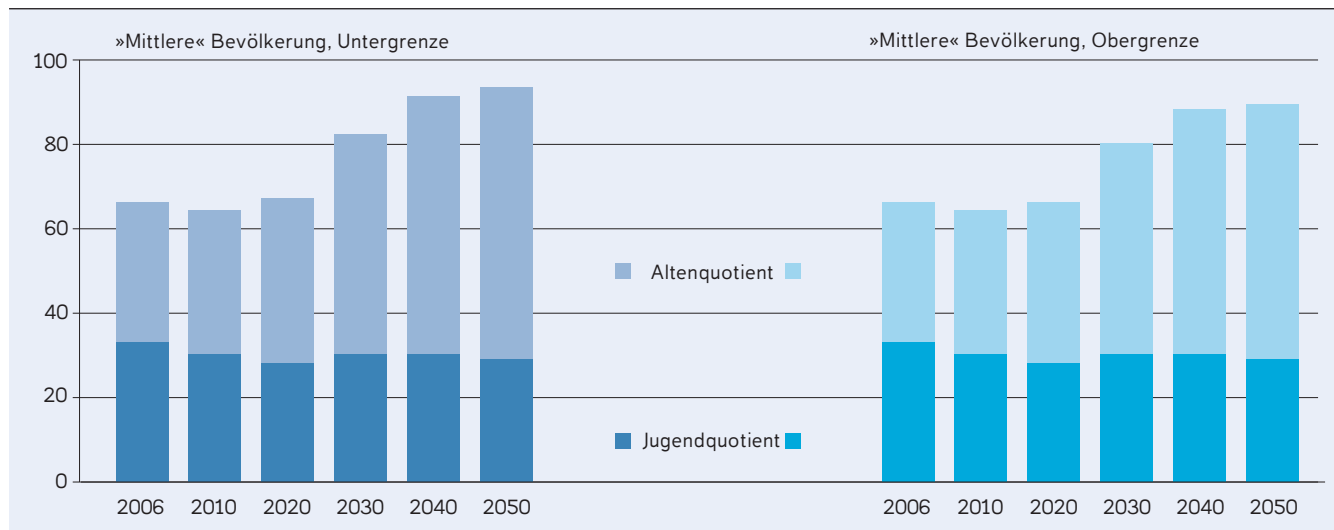
Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren wird schon 2010 um 7 % niedriger sein als heute und dann weiter deutlich abnehmen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Betreuungs- und Schulalter geht ebenso zurück wie die der jungen Menschen im Auszubildendenalter. Im ausbildungsrelevanten Alter von 16 bis

unter 20 Jahren sind heute etwa 3,9 Mill. junge Menschen; bereits 2010 werden es etwa eine halbe Million weniger sein.

Auch die Bevölkerung im Erwerbsalter altert und schrumpft langfristig. Bis etwa 2015 bleibt die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen stabil bei rund 50 Mill. Dabei nimmt die Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen so stark zu, dass sie die erhebliche Abnahme bei den unter 50-Jährigen ausgleicht und die Bevölkerung im Erwerbsalter insgesamt zunächst konstant bleibt. Später nimmt auch die Zahl dieser Älteren ab. Unter den Jüngeren im Erwerbsalter vermindert sich die Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen schnell, während die der 20- bis unter 30-Jährigen zunächst stabil bleibt und erst nach 2015 schrumpft. Die Bevölkerung im Erwerbsalter insgesamt beträgt 2030 noch 42 bzw. 44 Mill. und 2050 35 bzw. 39 Mill.

Damit verschiebt sich die Altersstruktur innerhalb des Erwerbsalters deutlich. Zurzeit gehören 50 % der Menschen im er-

Abb. 4: Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.
 Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.

Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2006 sowie ab 2010 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (»mittlere« Bevölkerung, Unter- und Obergrenze).

werbsfähigen Alter zur mittleren Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren, knapp 20 % zur jungen von 20 bis 29 Jahren und 30 % zur älteren von 50 bis 64 Jahren. 2020 wird die mittlere Altersgruppe nur noch 42 % ausmachen, die ältere mit etwa 40 % aber nahezu gleich stark sein. 2050 sieht es ähnlich aus (mittlere Gruppe: 43 %, ältere Gruppe knapp 40 %). Der Anteil der 20- bis unter 30-Jährigen verändert sich nicht sehr stark. Damit wird die Bevölkerung im Erwerbsalter stark durch die Älteren geprägt sein.

Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis zum Ende der 2030er Jahre etwa um die Hälfte: von aktuell über 16 Mill. auf ca. 24 Mill. Danach wird sie leicht zurückgehen. Die Bevölkerung ab 80 Jahren nimmt unablässig zu: von knapp vier Millionen im Jahr 2006 auf zehn Millionen im Jahr 2050. Dann werden über 40 % der 65-Jährigen und Älteren mindestens 80 Jahre alt sein.

Der Alterungsprozess wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung der Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten betrachtet. Auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) entfallen heute 33 unter 20-Jährige. Dieser so genannte Jugendquo-

tient wird künftig voraussichtlich nur leicht zurückgehen und 2050 bei 29 liegen. → **Abb. 4**

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2006 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) 33 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2030 wird dieser Altenquotient 50 bzw. 52 und im Jahr 2050 60 bzw. 64 betragen. Auch bei einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wäre der Altenquotient für 67-Jährige und Ältere 2050 deutlich höher (56 bzw. 53) als es heute der Altenquotient für 65-Jährige und Ältere ist.

Der Gesamtquotient, das heißt das Verhältnis zwischen den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsalter stehen, zu den Personen im Erwerbsalter wird durch die Entwicklung des Altenquotienten geprägt sein. 2006 kamen 65 unter 20-Jährige sowie ab 65-Jährige auf 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren, 2030 werden es 80 bzw. 82 und 2050 89 bzw. 94 sein.

Die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt, dass die Alterung

der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten nicht zu vermeiden ist. Die aktuelle Altersstruktur führt dazu, dass ab den 2020er Jahren sehr starke Jahrgänge im Rentenalter verhältnismäßig schwach besetzten Jahrgängen im Erwerbsalter gegenüberstehen werden – die Angehörigen des geburtenstärksten Jahrgangs der Nachkriegszeit 1964 werden 2029 65 Jahre alt sein. Von diesen Veränderungen werden viele Lebensbereiche betroffen sein. Sie werden nicht erst in 50 Jahren spürbar sein, sondern auch schon in den nächsten Jahrzehnten eine große Herausforderung darstellen.

1.1.6 Zusammenfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets zunächst vor allem auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 16 % entsprach. Zwischen 1950 und 1961 trug die Zuwanderung aus der ehemaligen

DDR maßgeblich zum Bevölkerungszuwachs bei. So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Zeitgleich gab es zwischen 1947 bis Anfang der 1970er Jahre erheblich mehr Geburten als Sterbefälle, die ebenfalls zur Bevölkerungszunahme im früheren Bundesgebiet beitrugen.

Seit Mitte der 1960er Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. (ab November 1990) in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 690 000 auf knapp 7,3 Mill. Diese Zunahme der ausländischen Bevölkerung ist zum großen Teil auf Zuwanderungsgewinne aber auch auf den Geburtenüberschuss ausländischer Personen in Deutschland zurückzuführen.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst an und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach. Nach 1948 ging die Einwohnerzahl der ehemaligen DDR bis zum Mauerbau 1961 hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet Jahr für Jahr zurück, 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung (Mauerbau) konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl auch bedingt durch Geburtendefizite in den 1970er Jahren unter die 17-Millionen-Grenze. Hohe Abwanderung in die alten Bundesländer und niedrige Geburten nach der Wende zusammen mit einer schwachen Außenwanderung bewirkten in den neuen Bun-

desländern zwischen 1990 und 2006 einen weiteren Rückgang der Bevölkerung um 1,5 Mill. Personen (rund 10 %).

Kennzeichnend für den demografischen Wandel werden in den kommenden Jahrzehnten der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung sein. Ausgehend von einer Bevölkerungszahl von etwa 82 Mill. wird nach der 11. koordinierten Vorausberechnung (Varianten zur »mittleren« Bevölkerung) die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2050 auf 69 bzw. 74 Mill. Menschen absinken. Die Relationen zwischen Alt und Jung werden sich stark verändern. Ende 2006 waren etwa 20 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen ebenfalls etwa 20 %. Die übrigen rund 60 % stellten Personen im so genannten Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Im Jahr 2050 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter sein, während über 30 % 65 Jahre oder älter und ca. 15 % jünger als 20 Jahre sein werden.

